

Von der Freiheit eines Christenmenschen angesichts des Streites um die Kernenergie

Pfarrer Kurt Oeser, geb. 1928 in Mainz. Theologiestudium in Mainz und Marburg. Seit 1972 Inhaber der gesamtkirchlichen Pfarrstelle für Fragen des Umweltschutzes der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Seit 1973 Umweltbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Vorsitzender des Hessischen Beirates für Umwelt der hessischen Landesregierung.

Martin Luther hat die Freiheit eines Christenmenschen so beschrieben, daß ein Christ „in der Liebe ein dienstbarer Knecht jedermann“ zu sein habe, d. h. doch nichts anderes als: Christen können der Verantwortung für die sie umgebende Welt nicht entinnen und sollten es auch nicht versuchen. Daran sollten sich Christen bei den wahrhaftig nicht einfachen Fragen unserer Tage erinnern und halten. Zu einem der schwierigsten und brisantesten Probleme ist die Auseinandersetzung um die Nutzung der Kernenergie geworden. Es wird wohl niemanden wundern, daß auch die Kirche von dem Streit um die „Kernfrage“ erfaßt ist. Doch wer ist die Kirche? Zweifelsohne wird sie repräsentiert durch Synoden und Kirchenleitungen, die u. a. dazu gewählt bzw. berufen sind, theologische und ethische Positionen bei brennenden tagespolitischen Fragen zu vertreten. Doch daneben sind Kirche -nach evangelischem Kirchenverständnis - auch die zahlreichen Kirchengemeinden und kirchlichen Gruppen, die sich in Sachen Kernenergie zu Wort gemeldet haben. Wie könnte es anders sein, als daß die dabei zutage tretenden Meinungen weit auseinanderklaffen. Auf der einen Seite bringen z. B. evangelische Unternehmer ihr rückhaltloses Ja zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zum Ausdruck, auf der anderen Seite evangelische Studentengemeinden ihr ebenso unmißverständliches Nein. Dazwischen liegt eine breite Palette vom vorsichtigen Ja über ein eingeschränktes Ja zu einem „Jein“ bis hin zu einem recht eindeutigen Nein. Vorgetragen werden die verschieden akzentuierten Stellungnahmen in Form von synodalen Beschlüssen, mahnenden Worten von Kirchenleitungen, fundierten Äußerungen wissenschaftlicher Gremien und zum Teil leidenschaftlichen Aussagen engagierter Gruppen. Selbstverständlich bleibt daneben dem einzelnen Christen die Möglichkeit, seine ganz persönliche Meinung in der strittigen Sache vorzubringen.

Nicht erst seit Brokdorf gibt es kirchliche Äußerungen zum Thema Kernenergie, sondern schon vor Wyhl ist der entsprechende Meinungsbildungsprozeß in Gang gekommen. Allerdings haben wohl vor allem die talartragenden Pfarrer von Brokdorf bewirkt, daß sich eine breite Öffentlichkeit dafür interessiert, ob die Kirche zur

Frage der Kernenergie etwas und was sie dazu zu sagen habe. Die einen freilich etwas seufzend und spöttelnd mit der Tendenz „jetzt auch noch die Kirche“, während andere die Szene mit einer gewissen Neugierde beobachteten, bis hin zu denen, die die Ansicht vertreten, „wenn die Kirche in einer so entscheidenden Frage nichts zu sagen hat, dann hat sie wirklich nichts mehr zu sagen“.

In der wissenschaftlichen wie in der politischen Kontroverse um den Einsatz der Kernenergie haben sich schwerpunktmäßig drei Sachkomplexe herausgeschält, die die kirchliche Diskussion um die Kernenergie genauso bestimmen wie die allgemeine Diskussion: die Sicherheit des nuklearen Kreislaufs, die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und die thermische Belastung der Biosphäre.

1. Auch wenn wir davon ausgehen, daß Wissenschaft und Technik alles in ihren Kräften Stehende tun, um ein Höchstmaß an technischer Sicherheit zu gewährleisten, so bleibt doch ein beträchtliches Restrisiko, das nicht einfach, wie es leider oft geschieht, mit anderen zivilisatorischen Risiken verglichen werden kann. Neben der Möglichkeit des GAU besteht eben die hoffentlich nie Realität werdende Möglichkeit des Super-GAU, einer Katastrophe, deren Ausmaß das Vorstellungsvermögen der meisten Zeitgenossen übersteigt. Mit Wahrscheinlichkeitsrechnungen alleine kommen wir in dem Punkt nicht weiter, da selbst die ausgeklügeltsten mathematischen Berechnungsmethoden niemals den Zeitpunkt angeben können, an dem das Unmögliche möglich würde. Doch wichtiger als der einzelne Störfall bis hin zum GAU und Super-GAU ist das Problem der Sicherheit des gesamten nuklearen Kreislaufs von der Urangewinnung bis zur Wiederaufarbeitung und bis zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle (siehe dazu etwa die Studie des Kernforschungszentrums Karlsruhe aus dem März 1975).

Zur Sicherheit des nuklearen Kreislaufs gehören nicht nur die zahlreichen Aspekte aus dem technischen, sondern ganz entscheidend auch solche aus dem politischen und speziell innenpolitischen Bereich. Wir stehen hier vor dem umfangreichen Komplex der Konsequenzen eines forcierten Ausbaus der Kernenergie, die mit Begriffen wie „Plutoniumwirtschaft“ bis hin zum Schreckensgemälde des „Plutonium-(Polizei-)Staates“ gekennzeichnet werden. Auch wenn man sich keinen apokalyptischen Schreckensvisionen hingeben möchte, so besteht doch genügend Anlaß zu großer Besorgnis, die man als psychologischen Hintergrund der zum Teil leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Kernenergie beachten muß. Wie immer man die Chancen und Gefahren einer erheblichen Verstärkung der Anwendung von Kernenergie beurteilen mag, auf jeden Fall bleiben weiterhin die bisher großtechnisch noch weitgehend ungelösten Fragen der Wiederaufarbeitung und der sicheren Endlagerung auf Jahrtausende hin, für geradezu „geologischen Zeiten“, wie es Bundesforschungsminister *Matthöfer* ausdrückte.

2. Die Aufforderung, durch Energieeinsparung, durch bessere Energienutzung und effizientere Energiedienstleistung der voraussehbaren Erschöpfung der be-

grenzten Ressourcen Rechnung zu tragen, gilt sowohl im Blick auf die fossilen Brennstoffe als auch auf die Uranvorräte. Diese außerordentlich wichtige Aufgabe läßt sich nicht durch den Ausbau der Kernenergie verschieben, wenn man nicht durch den Einsatz von Brutreaktoren in technische und politische Zwangsläufigkeiten geraten will, die wir oben mit den Stichworten „Plutoniumwirtschaft“ und „Plutoniumstaat“ angedeutet haben. Einen schonenden Umgang mit den nicht erneuerbaren und über kurz oder lang sich erschöpfenden Rohstoffen gebietet uns die unaufgebbare Verantwortung vor der Zukunft und damit vor denen, die sich noch nicht selbst vertreten bzw. beschützen können.

3. Auch der wünschenswerte verstärkte Einsatz sich regenerierender Energiequellen wie Sonnen- und Windenergie, Biogas und ähnliches sowie die Kernfusion dürfen uns nicht übersehen lassen, daß es - kombiniert mit der Zunahme des Kohlendioxidgürtels und potenziert durch ihn - eine nicht mehr zu vernachlässigende thermische Belastung der Biosphäre gibt. Niemand weiß genau, wann die Grenze der thermischen Belastbarkeit unseres Ökosystems Erde erreicht sein wird. Vieles spricht dafür, daß analog zu anderen Umweltbelastungen der zunächst schleichende und fast unbemerkte Prozeß negativer Veränderungen eines Tages in Form einer exponentiell hochschnellenden Belastungskurve in Erscheinung tritt. Gerade auf diesen Zusammenhang legt *C. F. von Weizsäcker* in seinem jüngsten Buch „Wege in der Gefahr“ großen Wert, bei einer sonst mehr vorsichtig positiven Einstellung zur Kernenergie, verbunden freilich mit der Einschränkung, daß eine ausgedehnte Anwendung der Kernenergie eine große und anhaltende politische Stabilität verlange. Doch dafür spricht nicht allzuviel in unserer unruhigen Zeit, zumal die weltweite Verbreitung der Kernenergie neue politische und militärische Gefahren und Labilitäten im Gefolge haben wird. Die rapide um sich greifende Angst ist deshalb ein sehr ernst zu nehmendes Phänomen der nuklearen Epoche.

Was bleibt nun angesichts dieser knapp skizzierten Problemfelder speziell für die Kirche bzw. die Christen zu tun übrig? Wir antworten stichwortartig: Sie muß unbedingt ihre Möglichkeiten mittels Unterricht und Erwachsenenbildung zu einer wesentlichen Verstärkung und Vertiefung des Umweltbewußtseins nutzen und zur Entwicklung konkreter Verantwortung für das Leben „vor Ort“ wie in der „Einen Welt“, für die jetzigen wie für die zukünftigen Generationen mithelfen. Wenn jemand Lobbyist für die noch nicht Lebenden sein soll, dann auf jeden Fall der Christ.

Die Energiefrage einschließlich der Aufforderung zu konsequentem Energiesparen und zu deutlich besserer Energienutzung ist gewissermaßen ein Paradigma (etwas salopp übersetzt mit Paradebeispiel) für sorgsamen Umgang mit der uns anvertrauten Schöpfung. Gerade Christen müssen erkennen, und, wenn dies geschehen ist, sichtbar werden lassen, daß wir diese Erde nicht bis zur Erschöpfung ausbeuten dürfen, und zwar um der Wohlfahrt alles Lebens willen. Die Verpflichtung zur

Mitmenschlichkeit bedarf dringend der Ergänzung durch die Mitkreatürlichkeit, wenn der Mensch als das „Maß aller Dinge“ und Mittelpunkt aller politischen Zielsetzungen nicht länger radikaler Gefährder und Zerstörer alles außermenschlichen Lebens sein soll (Stichwort: Ehrfurcht vor dem Leben — von der Ausbeutung zur Kooperation).

Eine weitere wichtige Aufgabe für die Kirche besteht darin, einen aktiven Beitrag zur Sicherung des innen- wie des außenpolitischen Friedens und damit zur Überwindung vielfältiger Ängste zu leisten. Deshalb muß sie sich gegen die Verteufelung des jeweils anderen, gegen Schwarzweißmalerei, gegen den Zwang zur Apokalypse wie gegen das Herunterspielen offener Bewertungs- und Beurteilungsfragen, gegen jegliche wissenschaftlichen Absolutheitsansprüche und gegen die Diskriminierung und Überrumpelung von Minderheiten (z. B. Bürgerinitiativen) entschieden wenden. Sie hat dafür Sorge zu tragen, daß die Kontroverse bis zur Klärung zahlreicher noch ungelöster Sachfragen offen gehalten und damit zugleich zu einem Mittel öffentlicher politischer Kontrolle wird. Die von Kernkraftwerksplanungen Betroffenen sind so früh und umfassend wie irgend möglich zu informieren und angemessen zu beteiligen.

Bei der Diskussion um die Kernenergie muß die Kirche die zentrale biblische Aussage zur Sprache bringen, daß angesichts des Kreuzes die „Weisheit dieser Welt“, möge sie unkontrollierter wissenschaftlich-technischer Fortschritt, unbegrenztes quantitatives Wachstum oder Produktion und Konsum um jeden Preis heißen, zur „Torheit“ wird. Das Kreuz bedeutet somit Grenze und befähigt zugleich zur grenzenlosen Zuwendung zu den anderen, zur unbedingten Verantwortung für die „Schwachen“ wie für die, die sich noch nicht selbst vertreten können, schafft Lebensgarantie für alles Leben in der einen Welt. Das ist Grundlage einer politischen Diakonie, ist Basis der „Freiheit eines Christenmenschen“ bei dem wissenschaftlich tief kontroversen und politisch hoch brisanten Streit um die Kernenergie.